

Inhaltsverzeichnis

Einführung	23
A. Hinführung zum Thema	23
B. Ziel der Arbeit	26
C. Gang der Untersuchung	27
 Kapitel 1: Der Begriff der Korruption, ihre Erscheinungsformen und Ursachen	28
A. Begriff der Korruption	28
I. Zur Problematik der Begriffsbestimmung	29
II. Fazit	32
B. Zur Problematik der Aufdeckung von Korruption und ihren aktuellen Erscheinungsformen	33
I. Problematik der Beweisfindung	33
II. Aktuelle Erscheinungsformen von Korruption	34
1. Situative Korruption	35
2. Strukturelle Korruption	35
III. Erscheinungsformen internationaler Korruption	35
1. Bestechung durch multinationale Unternehmen	36
2. Bestechung von Beamten und Funktionären internationaler Organisationen	37
3. Interstaatliche Korruption	37
C. Ursachen von Korruption	38
I. Kulturspezifische Besonderheiten als Begründung für korruptives Verhalten	39
II. Werteverlust in der Gesellschaft	40
III. Schwächen der institutionellen Rahmenbedingungen	41
IV. Wettbewerbsaspekte als Ursache von Korruption	42
D. Stellungnahme	42

Kapitel 2: Internationale Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung	44
A. Gründe für ein gewandeltes Bewusstsein gegenüber Korruption	44
B. Internationale Bestrebungen im Kampf gegen Korruption	48
I. Internationale Finanzierungsorganisationen	48
1. Weltbank	48
2. Internationaler Währungsfond	49
II. Internationale Wirtschaftsorganisationen	50
1. Internationale Handelskammer	50
2. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	50
III. Internationale Zivilgesellschaft	51
1. Transparency International	51
2. Internationale Antikorruptionskonferenz	55
IV. Die Maßnahmen der Vereinten Nationen	55
1. Resolutionen 51/59 und 51/191 vom Dezember 1996	56
2. UN-Global Programme Against Corruption	57
3. UN-Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität	58
4. UN-Konvention gegen Korruption	59
C. Regionale Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung	59
I. Europäische Union und Europarat	60
1. Die Übereinkommen der Europäischen Union	60
a) Übereinkommen vom 26. Juli 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften	60
b) Erstes Protokoll vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften	61
c) Übereinkommen vom 26. Mai 1997 über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind	62
d) Gemeinsame Maßnahme vom 22. Dezember 1998 betreffend die Bestechung im privaten Sektor	63
2. Die Maßnahmen des Europarats	64
a) Zwanzig Leitlinien gegen Korruption	65
b) Strafrechtskonvention gegen Korruption vom 27. Januar 1999	65
c) Zivilrechtskonvention gegen Korruption vom 4. November 1999	66
d) GRECO	66
II. Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)	67
III. African Union Convention against Corruption	69

D. Zusammenfassung	70
Kapitel 3: Der Foreign Corrupt Practices Act (FCPA) als Vorreiter der grenzüberschreitenden Bestechungsbekämpfung	71
A. Hintergrund und Entstehungsgeschichte des FCPA	73
I. Der geschichtliche Hintergrund - Die Watergate-Affäre und die Enthüllungen der Securities and Exchange Commission	73
II. Die Gründe für die Verabschiedung des FCPA	75
1. Moralische und ethische Aspekte	75
2. Furcht vor außenpolitischen Konsequenzen	76
3. Wirtschaftliche Erwägungen	77
4. Die Gesetzesvorschläge der 94. Legislaturperiode	78
III. Die Entscheidung der 95. Legislaturperiode	81
B. Die Bestimmungen des FCPA – Verbot der Bestechung ausländischer Amtsträger und Gebot der Transparenz in Buchführung und Revision	82
I. Antibribery Provisions	83
1. Anwendungsbereich	83
2. Das Mittel zur Vornahme der verbotenen Zuwendungshandlung	84
3. Die Adressaten des Zuwendungsverbots	84
4. Die Empfänger der verbotenen Zuwendung	86
5. Zweck der Zuwendung	87
6. Subjektive Voraussetzungen	88
7. Strafmaß	89
II. Accounting Provisions	89
1. Anwendungsbereich	89
2. Die Anforderungen an eine ordentliche Buchführung und ein innerbetriebliches Kontrollsystem	90
3. Überwachung und Durchsetzung der Vorschriften des FCPA	91
4. Neben dem FCPA anwendbare Gesetze	92
C. Extrritorialer Anwendungsbereich des FCPA	93
D. Zusammenfassung	93
E. Novellierung des FCPA im Jahre 1988	94
I. Die Kritik am FCPA	94
II. Die Reformbestrebungen durch den Omnibus Trade and Competitiveness Act	97
	11

III. Die gesetzlichen Änderungen	98
1. Modifikation des <i>“reason to know”</i> -Standards	98
2. Ausnahmeregelung für rechtmäßige Zuwendungen	99
3. Verschärfung der Rechtsfolgen	100
4. Maßgaben für die weitere Entwicklung der Rechtspolitik	100
5. Zusammenfassung	100
F. Versuch einer Bewertung der Effizienz des FCPA	101
I. Die praktische Umsetzung des FCPA	102
1. Der Fall Westinghouse Corporation	104
2. Der Fall Pemex	105
II. Schlussfolgerung	106
G. Zusammenfassung und Bewertung	108
Kapitel 4: Das OECD-Übereinkommen zur Bekämpfung der Bestechung im internationalen Geschäftsverkehr von 1997	110
A. Maßnahmen der OECD vor Verabschiedung des Übereinkommens von 1997	111
B. Entstehungsgeschichte des OECD-Übereinkommens – Die Entwicklung von „soft law“-Bestimmungen hin zu einem rechtsverbindlichen Übereinkommen	112
I. Empfehlung zur Bekämpfung der Bestechung im internationalen Geschäftsverkehr vom 27. Mai 1994	113
II. Empfehlung zur Abschaffung der Steuerabzugsfähigkeit von Bestechungszahlungen an ausländische Amtsträger vom 11. April 1996	114
III. Überarbeitete Empfehlung zur Bekämpfung der Bestechung im internationalen Geschäftsverkehr vom 23. Mai 1997	115
IV. Zusammenfassung	116
C. Die Wirkungsweise des OECD-Bestechungsübereinkommens – Konzept einer funktionalen Äquivalenz	117
D. Überblick über die Vorschriften des OECD-Übereinkommens	118
I. Geltungsbereich des OECD-Übereinkommens	118
II. Das Delikt der aktiven Bestechung eines ausländischen Amtsträgers	119
1. Geschütztes Rechtsgut	120
2. Definition des Amtsträgerbegriffs	121

3. Die Bestechungshandlung	122
4. Strafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen	123
III. Regelung der Gerichtsbarkeit	124
IV. Nicht strafrechtliche Pflichten in Bezug auf Buchhaltung und Bilanzführung	125
V. Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche	126
VI. Gegenseitige Rechtshilfe und Auslieferung	126
VII. Anpassung der Verjährungsfristen	127
E. Defizite des OECD-Übereinkommens	128
I. Beschränkung der Strafbarkeit auf die aktive Bestechung	128
II. Fehlende Regelungen bezüglich der Bestechung im privaten Sektor und der Bestechung von politischen Parteien und Amtsanwätern	128
III. Unklarheiten hinsichtlich der Bestechung von Amtsträgern durch ausländische Tochtergesellschaften	129
IV. Unzulängliche Regelungen hinsichtlich der Geldwäsche	130
V. Keine hinreichend konkrete Aussage bezüglich der Verantwortlichkeit von Unternehmen	130
F. Fazit	131
 Kapitel 5: Die Umsetzung des OECD-Übereinkommens in den Vertragsstaaten, insbesondere in Deutschland und den USA	 132
A. Bekanntheitsgrad des OECD-Übereinkommens	132
B. Das Überwachungsverfahren zur Umsetzung des OECD-Übereinkommens	133
I. Phase 1 – Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens	134
II. Phase 2 – Überwachung des Gesetzesvollzugs in den Vertragsstaaten	135
III. Anmerkungen zu den Evaluationsergebnissen aus Phase 1	136
1. Ausgestaltung des Bestechungstatbestandes	137
2. Wirkungsgrad der Sanktionen	138
3. Verantwortlichkeit juristischer Personen	138
4. Ablauf der Verjährung	138
IV. Fazit	139
C. Die Umsetzung des OECD-Übereinkommens in das nationale Recht der Bundesrepublik Deutschland	139
I. Bestandsaufnahme zur Korruption in Deutschland	139

II. Gesetz zum Übereinkommen v. 17.12.1997 über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr (Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung - IntBestG)	142
1. Gesetzliche Ausgangslage	142
2. Die Vorschriften des IntBestG	144
a) Gleichstellung von ausländischen mit inländischen Amtsträgern bei Bestechungshandlungen, Art. 2 § 1 IntBestG	145
aa) Geschütztes Rechtsgut	145
bb) Amtsträgerbegriff	146
(1) Richter	147
(2) Amtsträger	147
(3) Soldaten	149
cc) Unrechtsvereinbarung	149
(1) Zukünftige Diensthandlung	149
(2) Pflichtwidrige Diensthandlung	150
(3) Straflosigkeit sozialadäquater Vorteilszuwendungen?	151
dd) Internationaler Geschäftsverkehr	154
ee) Auftrag oder unbilliger Vorteil für den Bestechenden	156
ff) Zusammenfassung	156
b) Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem geschäftlichen Verkehr, Art. 2 § 2 IntBestG	157
c) Geltungsbereich des deutschen Strafrechts, Art. 2 § 3 IntBestG	159
d) Anwendung der Regelungen der Geldwäsche, Art. 2 § 4 IntBestG	159
e) Rechtsfolgen	160
D. Defizite der strafrechtlichen Bestimmungen des IntBestG	160
I. Fehlende Kohärenz im Hinblick auf die Behandlung der Bestechung von inländischen und ausländischen Abgeordneten	161
II. Beschränkung der Strafbarkeit durch das Erfordernis einer pflichtwidrigen Diensthandlung	161
III. Fehlende Strafbarkeit für die Gewährung von Zuwendungen für zurückliegende Diensthandlungen	163
E. Das IntBestG in der Praxis	163
I. Korruptionsvorwürfe gegen das Speditionsunternehmen <i>Willi Betz</i>	164
II. Verdacht der Bestechung ausländischer Amtsträger durch den Frankfurter Flughafenbetreiber <i>Fraport AG</i>	165
III. Schmiergeldaffäre bei <i>Siemens</i>	166
IV. Zwischenfazit	166
F. Die Ergebnisse des Phase 2-Prüfberichts für Deutschland	167

I. Unzureichende Öffentlichkeitsarbeit von Regierung und Industrieverbänden	168
II. Verbesserung der Strafverfolgung	169
III. Einführung eines bundesweiten Korruptionsregisters	170
IV. Rechtlicher Schutz für Whistleblower und die Forderung nach einer Bestellung von Ombudsleuten	171
V. Aufnahme der Bestechungstatbestände in den Katalog des § 100a StPO	172
VI. Anzeigepflicht bei Verdachtsmomenten für das Vorliegen einer Korruptionsstraftat	172
VII. Mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung	173
VIII. Verantwortlichkeit juristischer Personen	174
G. Die Feststellungen des Folgeberichts zum Phase 2-Prüfbericht für Deutschland vom Dezember 2005	177
H. Die Umsetzung des OECD-Übereinkommens in das US-amerikanische Recht – Der International Antibribery and Fair Competition Act von 1998	180
I. Ausgangslage	180
II. Die wichtigsten Änderungen des FCPA	180
1. Erweiterung des Anwendungsbereiches des FCPA	181
a) auf ausländische Staatsbürger und Unternehmen	181
b) auf US-Bürger außerhalb des US-Territoriums	182
2. Zweck der Bestechungshandlung	183
a) US v. David Kay and Douglas Murphy	184
b) US v. Eric L. Mattson and James W. Harris	186
3. Erlaubte Zahlungen	186
a) Facilitating Payments for Routine Governmental Actions	186
b) Affirmative Defenses	187
aa) Opinion Procedure Release 81-02 und 83-02	188
bb) US v. Metcalf & Eddy, Inc.	189
4. Begriff des ausländischen Amtsträgers	189
5. Verantwortlichkeit juristischer Personen	191
6. Strafmaß	192
I. Beurteilung des novellierten FCPA durch die OECD-Evaluierungskommission	193
J. Die Feststellungen des Folgeberichts zum Phase 2-Prüfbericht für die USA vom Juni 2005	195

Kapitel 6: Rechtsvergleichende Analyse zwischen den gesetzlichen Regelungen des IntBestG und dem FCPA	197
A. Art der Umsetzung in nationales Recht	197
B. Geschütztes Rechtsgut	198
C. Begriff des ausländischen Amtsträgers	198
D. Tathandlung	199
E. Subjektive Tatbestandsvoraussetzungen	200
F. Rechtfertigung	200
G. Rechtsfolgen	201
H. Zusammenfassung	202
Kapitel 7: Die UN-Konvention gegen Korruption	203
A. Das erste globale Instrument zur Korruptionsbekämpfung	203
B. Inhalte der UN-Konvention gegen Korruption	204
I. Allgemeine Vorgaben und Definitionen, Art. 1-4 UNCAC	204
II. Präventive Maßnahmen, Art. 5-14 UNCAC	205
III. Kriminalisierung und Strafverfolgung, Art. 15-42 UNCAC	206
IV. Internationale Zusammenarbeit, Art. 43-50 UNCAC	208
V. Rückführung von Vermögenswerten, Art. 51-59 UNCAC	209
VI. Das Umsetzungsverfahren, Art. 63 ff. UNCAC	211
C. Fazit	212
Kapitel 8: Der Straftatbestand der Bestechung ausländischer Amtsträger – Ein gelungenes Beispiel für die Entwicklung eines globalen Strafrechts?	215
A. Die Entwicklung des Strafrechts im Rahmen der Globalisierung	215
I. Begriff der „Globalisierung“	216
II. Die Verbindung zwischen Globalisierung und Recht	217

III. Die Entwicklung einer Globalisierung des Strafrechts	219
1. Hintergrund	219
2. Kritik	220
a) Verlust an Strafrechtskultur und Rechtsklarheit	220
b) Befürchtung einer Hegemonialstellung Amerikas	222
3. Zwischenbilanz	226
4. Die Europäisierung des Strafrechts als Beispiel einer Harmonisierung des Rechts	226
IV. Bestechung ausländischer Amtsträger – ein weltweit harmonisierter Straftatbestand?	228
1. Inhaltliche Grundbedingungen für ein weltweit harmonisiertes Strafrecht	229
2. Völkerrechtliche Vorgaben für die Bestechung ausländischer Amtsträger	230
a) Motive und Schutzrichtungen	230
b) Bestimmung des Amtsträgerbegriffs	231
c) Umschreibung der Tathandlung	232
3. Die Umsetzung in innerstaatliches Recht	234
B. Fazit	236
Bewertung und Ausblick	238
Literaturverzeichnis	243
Materialien	260